

## **UN-Staaten fordern Wahrung von LGBTIQ Menschenrechten, Österreich nimmt Empfehlung zu IGM-Verbot an**

Utl.: Aktuelle LGBTIQ-Empfehlungen in UPR: unnötige Behandlungen an intergeschlechtlichen Menschen beenden, Geschlechtseinträge für alle öffnen und Antidiskriminierungsrecht harmonisieren. =

Wien/Linz/Salzburg (OTS) - Am 22. Jänner wurde Österreich im Rahmen der UN Universal Periodic Reviews einer Prüfung der Menschenrechtssituation unterzogen. Am 26. Jänner gab es erste Reaktionen Österreichs auf die ausgesprochenen Empfehlungen.

Angenommen wurden vier Empfehlungen zum Beenden nicht-konsensueller und medizinisch nicht notwendiger Behandlungen an intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen (IGM - intersex genital mutilation). Diese Praxis, deren Zweck es ist, Geschlechtsmerkmale an eine binäre Norm anzugleichen, wird in Österreich trotz langjähriger Problematisierung bisher weiter durchgeführt. Die Annahme dieser Empfehlungen ist ein klares Versprechen - wobei die Umsetzung gut durchdacht und in Kooperation mit Selbstvertretungsorganisationen abgestimmt sein muss.

„Dass nicht-konsensuelle und nicht-notwendige medizinische Behandlungen nun verboten werden sollen, ist sehr erfreulich - allerdings werden wir sehr genau hinsehen müssen, was hier tatsächlich umgesetzt wird!“ so Tobias Humer von VIMÖ.

Auch Gabriele Rothuber von der Plattform Intersex / HOSI Salzburg zeigt sich erfreut: „Wir freuen uns, dass es in Österreich in Zukunft nicht mehr die Entscheidung der Medizin oder Eltern sein darf, medizinisch nicht notwendige Genitalveränderungen an intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen durchzuführen.“

Abgelehnt wurde die Empfehlung, einen selbstbestimmten, barrierefreien Zugang zu alternativen Geschlechtseinträgen für alle Menschen mit nicht-binärer Geschlechtsidentität zu schaffen. Österreich positioniert sich hier klar in Richtung weiterer Pathologisierung von Intergeschlechtlichkeit und gegen die Öffnung von alternativen Geschlechtseinträgen für nicht-intergeschlechtliche Menschen.

Ebenso abgelehnt wurde die bereits wiederholt empfohlene und dringend notwendige Harmonisierung und Ausweitung der nationalen und regionalen Antidiskriminierungsregelungen („Levelling Up“).

VIMÖ, HOSI Salzburg und die Plattform Intersex Österreich fordern die Regierung auf, die Menschenrechte von LGBTIQ Personen umfassend zu respektieren und entsprechend zu handeln!

Langfassung der PA inkl. Empfehlungen an Österreich zu LGBTIQ-Rechten im Wortlaut:

[<https://vimoe.at/2021/01/28/jaenner-2021-un-upr/>]  
(<https://vimoe.at/?p=1021&preview=true>)

~

Rückfragehinweis:

Tobias Humer (VIMO) +43 681 81772638, [tobias.humer@vimoe.at](mailto:tobias.humer@vimoe.at)

Luan Pertl (Plattform Intersex, VIMÖ) +43 676 3036149, [luan.pertl@vimoe.at](mailto:luan.pertl@vimoe.at)

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/30099/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0017 2021-01-28/08:00

280800 Jän 21

Link zur Aussendung:

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210128\\_OTS0017](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210128_OTS0017)